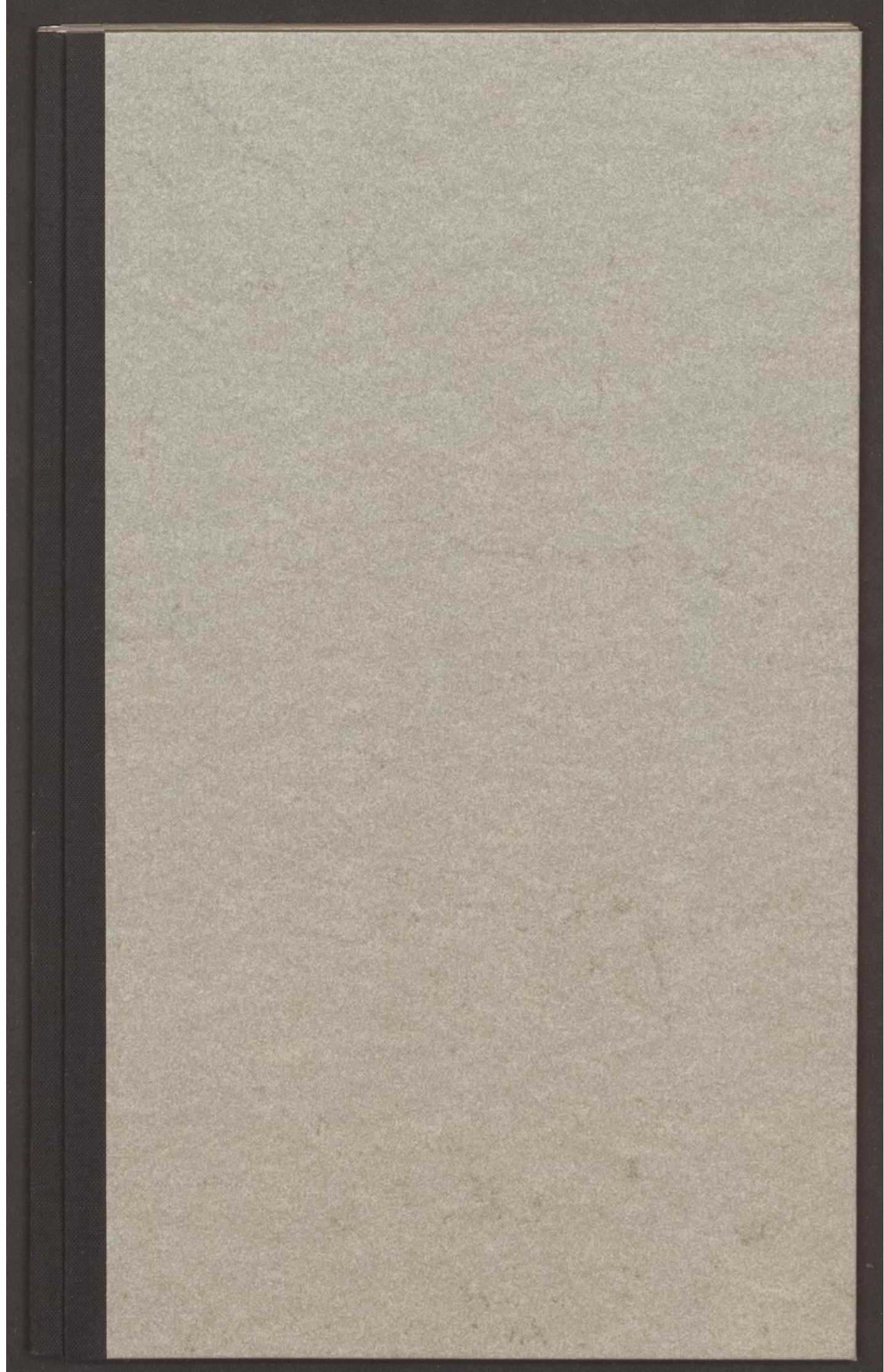
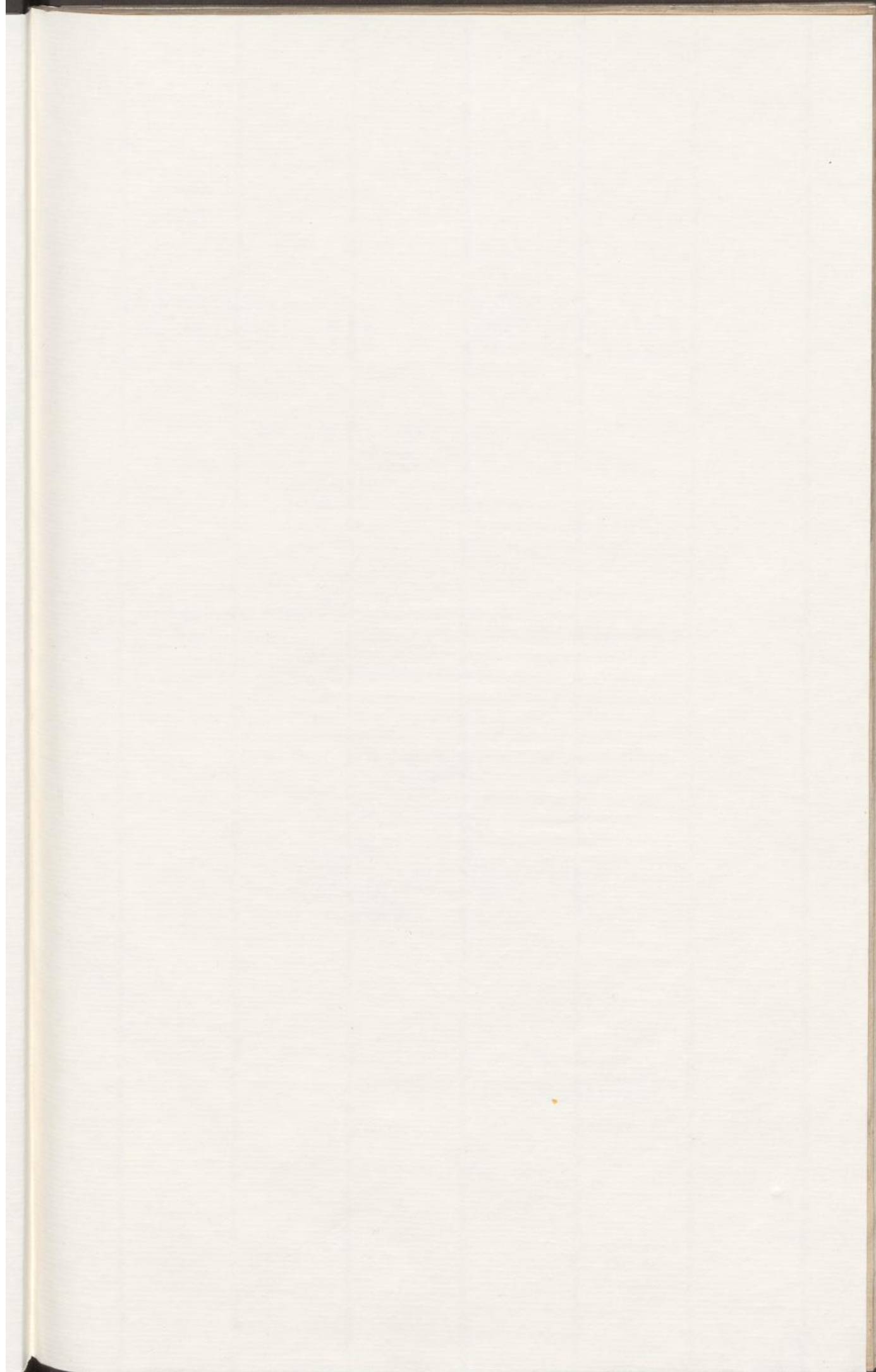
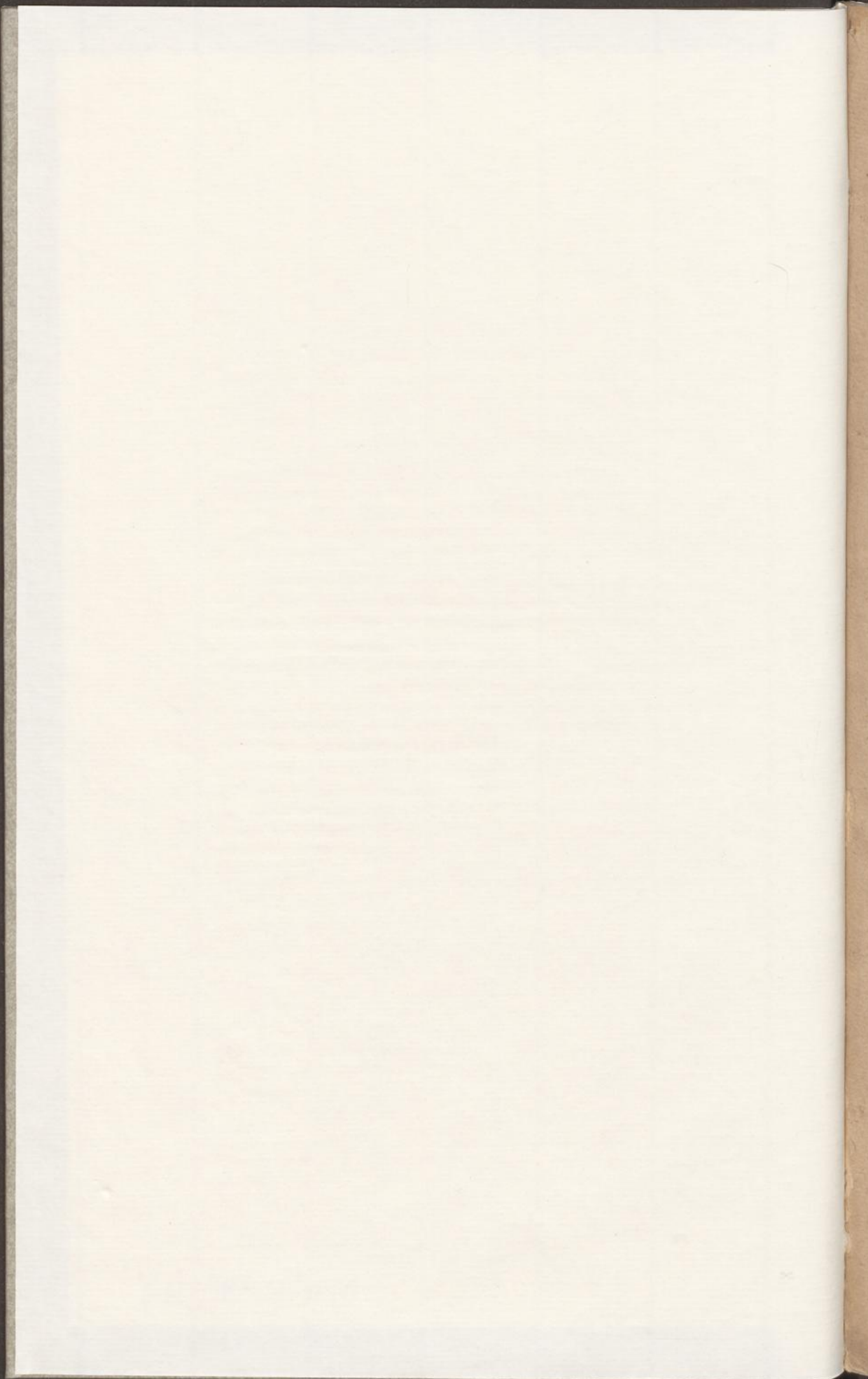




LH 40.4° + 1





15

Actenmäßige Darstellung  
der  
wegen der präcipirten Aemter  
**Blomberg und Schieder**  
zwischen  
Lippe - Detmold  
und  
Schaumburg-Lippe  
beym  
Kaiserlichen Reichshofrath  
anhängigen, jetzt in Revisorio zur oberstrichterlichen Entscheidung stehenden  
Mandatsache.



3

---

L e m g o,  
in der Hochgräflich, lippischen Hofbuchdruckerey, 1781.

LH 404°+1

Handwritten text, possibly a title or reference.

Handwritten text, possibly a date or location.

# Handwritten title in a stylized, possibly Gothic or Old German script.

Handwritten text, possibly a subtitle or author.

Handwritten text, possibly a date or location.

Handwritten text, possibly a small note or signature.

Handwritten text, possibly a date or location.

Handwritten text, possibly a small note or signature.

Handwritten text, possibly a date or location.

Handwritten text, possibly a date or location.

Handwritten text, possibly a date or location.



Handwritten text, possibly a date or location.

Handwritten text, possibly a date or location.

§. 1.

Graf Simon der VI zur Lippe erhält 1593 die kaiserliche Bestätigung des in seinem Hause schon hergebrachten Primogeniturrechts.

**G**raf Simon der VI, von dem alle nachherigen Grafen zur Lippe, nach der hier beygefügtten Stammtafel \*), abstammen, erhielt am 12 Febr. 1593 vom Kaiser Rudolf die Bestätigung der in seinem Gräflichen Hause schon seit einigen Jahrhunderten hergebrachten, und besonders durch ein sogenanntes Pactum unionis vom Jahr 1368 festgesetzten Erstgeburtsgerechtigkeit. Diese Primogeniturconfirmation wurde nicht weniger von den folgenden Kaisern, Ferdinand dem II und III, Leopold, Joseph und Carl dem VI in den Jahren 1626, 1653, 1673, 1706 und 1712 aufs neue bestätigt.

§. 2.

Eben derselbe errichtet 1597 ein Testament, worin er unter andern auch über die künftige Beerbung seiner Söhne verordnet.

Eben dieser Graf Simon der VI errichtete auch am 30ten August 1597 ein Testament \*\*): worin er seinen Erstgebohrnen wiederholt zum Nachfolger in der Landesregierung ernannte; seinen nachgebohrnen Söhnen aber zu ihrem Unterhalt gewisse Häuser und Aemter mit gewissen Rechten vermachte; und in Ansehung ihrer künftigen Beerbung folgendes verordnete:

„Da von unsern Söhnen oder Mannserben einer oder mehrere, ohne hinterlassene Mannsleibeserben, Todes verfahren würde; dessen oder deren Antheil Gutes, den wir ihnen hierin vermacht, soll den übrigen Brüdern und deren männlichen Erben in Stirpes, jedoch pro rata, wiederum erblich anwachsen und fallen; dergestalt, daß der zur Zeit regierende Herr sothanen erledigten Antheil Gutes die Habscheid alleine, die übrigen Gebrüder und deren Mannserben den andern halben Theil zusamt davon erben, und unter sich in Stirpes austheilen.“

§. 3.

Als Graf Hermann 1620 stirbt, vergleichen sich dessen Brüder über den dadurch erledigten Erbtheil.

Nach dessen Tode befolgten seine Söhne das väterliche Testament. Als jedoch im Jahr 1620 einer derselben, Graf Hermann, ohne Descendenz verstarb, so wurde dessen Beerbung, nach einigen darüber entstandenen Irrungen, im brüderlichen Vertrag vom 25ten Febr. 1621 dahin bestimmt: Daß davon der Erstgeborne und regierende Herr die Aemter Schwalenberg und Oldenburg, der mittlere Bruder, Otto, das Amt Schieder, und der jüngere, Philipp, eine jährliche Revenüe von 2000 Rthlr. zum Antheil erhielt.

U 2

§. 4.

\*) Nr. 1. der Anlagen zum Mandatsgesuch.

\*\*) Nr. 2. dieser Anlagen.

Im Jahr 1709 erlösch der Lippe-Brakische Mannstamm, und wird damit auch dessen Erbtheil erledigt.

Als gleichfalls, mit dem am 2ten Febr. 1709 erfolgten Tode des Grafen Ludwig Ferdinand zu Brake, der vom mittlern Sohne des Grafen Simon VI, Otto, gestiftete Mannstamm erlosch: so wurde dadurch der Lippe-Brakische erbherrliche Antheil, der nunmehr in den vier Aemtern, Brake, Barntrup, Blomberg und Schieder bestand, eröffnet. Damals waren von der Descendenz des Testators nur noch zwei Hauptlinien, die vom Grafen Simon dem VII abstammende regierende, und die vom jüngsten Sohne des Grafen Simons VI, Philipp, abstammende erbherrliche Linie übrig. Dieser Graf Philipp, der auch die Hälfte der Grafschaft Schaumburg an sein Haus gebracht, und darüber eine besondere Primogeniturverordnung errichtet hatte, hinterließ jedoch zwei Söhne, die letztere Linie wieder in zwei Nebenweige, in Schaumburg-Lippe-Bückeburg und Alverdissen, theilten.

Diesen Anfall machen sich drei Lippische Grafen von den nur noch übrigen zwei Hauptstämmen streitig.

Drei Grafen zur Lippe machten sich daher den erledigten Brakischen Anfall ganz oder zum Theil streitig.

1) Der damalige regierende Herr, Graf Friederich Adolph, nahm den ganzen Erbtheil, wegen der in der Grafschaft Lippe eingeführten Erstgeburtsgerechtigkeit, in Anspruch.

2) Graf Friederich Christian zu Schaumburg-Lippe-Bückeburg eignete sich aus dem Testament Simons VI, und zwar, vermöge der auch in seiner Linie verordneten Primogenitur, mit Ausschließung seines jüngern Bruders, davon die Hälfte zu.

Hingegen hielt sich 3) Graf Philipp Ernst zu Schaumburg-Lippe-Alverdissen, als im väterlichen Philippinischen Testament und Codicill ernannter Alleinerbe der Lippischen Güter und Rechte, zu eben dieser Hälfte, wo nicht ganz, doch größtentheils berechtigt, wenigstens verlangte er mit seinem ältern Bruder gleiches Recht.

Lippe-Detmold wird bey dem ergriffenen Besiz vom kaiserlichen Reichshofrath geschüzt, hingegen werden die beiden Grafen zu Schaumburg-Lippe-Bückeburg und Alverdissen ins Petitorium verwiesen, und sämtliche Theile zum gültlichen Vergleich ermahnt.

Unter den drei Competenten nahm aber zuerst der regierende Graf zur Lippe den ganzen erledigten Antheil in Besiz, wurde auch darin durch das Reichshofrathserkenntniß vom 27ten Jun. 1709 allein geschüzt; und dieses durch das post Votum ad Imperatorem ergangene Hochpreislische Conclusum vom 15ten Octobr. 1714, mit Verweisung der Bückeburgischen und Alverdissischen Ansprüche ins Petitorium, bestätigt.

Zugleich wurden jedoch sämtliche Theile mehrmals, und zwar durch die verehrungswürdigen Reichshofraths-Conclusa vom 12ten März, 2ten Mai und 27ten Septemb. 1709 nachdrücklich ermahnt, sich zu einer vom regierenden Hause

Hause zu veranstaltenden Conferenz, durch genugsam instruirte und bevollmächtigte friedliebende Räte, allenfalls mit Zuziehung der getreuen Lippischen Landstände, einzufinden, und darin ihre Nothdurft, zur Vermeidung aller Weiräufstigkeiten, und zur Beförderung eines gütlichen Vergleichs, vorzubringen.

Ob nun gleich dieser Versuch der Güte nicht zu Stande kam: so verzögerten doch Bückeburg und Alverdiffen die Einführung ihrer petitorischen Klage dergestalt, daß ihnen dazu auf Ansuchen des regierenden Hauses verschiedene Präklusivfristen bestimmt werden mußten; bis endlich Bückeburg erst im Jahr 1726 damit einkam.

§. 7. Lippe-Alverdiffen vergleicht sich auch am 9 Decemb. 1722 mit Lippe-Deitmold, und cedirt an dieses alles Recht, das Es an dem Brakischen Erbtheil quocunque titulo haben könnte.

Indessen wünschte nunmehr das Haus Alverdiffen, das seine Ansprüche, durch Ausföhrung zweyer kostbaren und langwierigen Prozesse von ungewissem Ausgang, gegen das regierende Haus und gegen Bückeburg geltend zu machen nicht vermogte, sich mit ersterm in Güte zu sehen. Nach vorhergegangener Unterhandlung kam es auch zwischen dem damaligen regierenden Grafen zur Lippe, Simon Heinrich Adolph an einem, dem Grafen zu Lippe-Alverdiffen, Philipp Ernst, und dessen Gemahlinn, Dorothea Amalia, einer gebornen Fürstin von Holstein-Beck, am andern Theil, durch Vermittelung Herzogs Anton zu Schleswig-Holstein, Generalleutenants der Generalstaaten der vereinigten Niederlande, mit Zuziehung der Deputirten der Gräflich-Lippischen Landstände, am 9ten Decemb. 1722 zu einem Vergleich: der in zwey Instrumenten, dem Hauptvergleich und einer Erläuterung desselben \*), verfaßt wurde.

In diesem Vergleich renunciirte nicht nur „Graf Philipp Ernst zu Lippe-Alverdiffen für Sich, Seine Gemahlinn und Gräfliche Nachkommen, in Faveur des regierenden Hauses, „auf den Brakischen An- und Erbfall, und desfalls bey dem Kaiserlichen Reichshofrath eingeföhrte Klage, beständigst;“

sondern cedirte auch

„alles Recht, so Er oder die Seinigen daran quocunque titulo haben „können, an Seinen Vetter (den regierenden Grafen zur Lippe) und dessen „Folger in der Regierung wohlwissentlich, um sich dessen, nach Maß- „gebung der Erstgeburtsgerechtigkeit und ihrer Convenienz, ohne „Seine und der Seinigen Verhinderung ruhig zu gebrauchen.“

Dagegen versprach Lippe-Deitmold, dem Hause Lippe-Alverdiffen zu den bisher vom regierenden Hause genossenen 3150 Rthlr. jährlicher Competenzgelder noch jährlich 1250 Rthlr. nebst verschiedenen Zehnten und Gefällen zuzulegen, wie auch eine Extension der Jagd und Fischey in mehrern Gegenden zu gestatten, und machte sich überdies verbindlich, die Ausföhrung zweyer Alverdiffischen Prozesse, wegen der Schaumburgischen Primogenitur, und wegen der mütterlichen Verlassenschaft, wider Bückeburg auf eigene Kosten zu übernehmen.

§. 8.

\*) Nr. 3 und 4 der Anlagen zum Mandatgesuch.



## §. 8.

Der dem damaligen Grafen zu Alverdiffen, Philipp Ernst, kaiserlich bestellte Curator, Landgraf Carl zu Hessen, ertheilt zur Schließung dieses Vergleichs seinen Consens;

Weil aber Graf Philipp Ernst schon seit 1687 wegen Gemüthskrankheit unter vom Kaiser bestellter Curatel stand: so wurden von seiner Seite die Vergleichsprojecte vorher dem hohen Curator, Landgrafen Carl von Hessen-Cassel, zur Genehmigung zugesandt. Hochderselbe ertheilte auch in einer am 19 Novembr. 1722 ausgestellten Urkunde \*), der die Vergleichs- und Erläuterungspunkte angeschlossen waren, Seinen Consens dahin:

„Wie Er in berührten Vergleich zu gehorchen, und Seine Einwilligung zu geben, um so weniger Anstand nehmen möchte, als der Herr Graf zu Alverdiffen, bey seiner nun ins achte Jahr beständig genießenden guten Gesundheit, sein eigenes Bestes hiebey zu prüfen, und, ob einen solchen Vergleich zu treffen seiner Convenienz sey, wohl zu erwägen nicht unterlassen haben werde.“

## §. 9.

und bestätigt solchen nach geschlossenem Vergleich.

Wie nun der Vergleich, in Gemäßheit der dem hohen Curator zugesandten Projecte, am 9ten Decemb. 1722 geschlossen und unterzeichnet war: so wurde Demselben anheim gegeben, ob Er die Originalvergleiche mit unterzeichnen, oder es bey dem dazu bereits ertheilten schriftlichen Consens bewenden lassen wolle. Allein Hochgedachter Herr Landgraf erklärte sich in einer unterm 15ten Febr. 1723 an die Fürstinn zu Alverdiffen erlassenen Antwort \*\*):

„Wie Er, die Originalien der Vergleiche mit zu unterzeichnen, für unnöthig, und genug zu seyn erachte, daß er Seinen Consens dazu schon schriftlich ertheilet habe: wobey es solchennach auch sein Verbleiben haben könne. Im übrigen werde er dem Reichshofrathsagenten von Praun, wegen der von den getroffenen Vergleichen zu thuenden Anzeige, und daß er in Seinem Namen gleichfalls Liti renunciiren möge, die Nothdurft aufzugeben ohne ermangeln.“

## §. 10.

Auch der Sohn des Grafen Philipp Ernst, der damals schon volljährige Graf Friederich Ernst, genehmigt denselben;

Das regierende Haus Lippe war mit dem curatorischen Consens allein nicht zufrieden, sondern verlangte überdem, daß der damals schon volljährige Sohn des Grafen Philipp Ernst, Graf Friederich Ernst, zur Vollziehung des Vergleichs, und zwar um so mehr zugezogen würde, weil Derselbe damals mit seinen Eltern im Mißverständniß lebte, und sich deswegen zu Bückeburg aufhielt, auch Ihm ein Punkt des vorsehenden Vergleichs besonders präjudicirte.

Graf Philipp Ernst hatte nemlich in einem von seinem hohen Curator, Landgrafen Carl, bestätigten Testament vom 15ten Merz 1712 verordnet: daß, dafern seine Güter durch seine Ansprüche vermehret würden, auch das Wittum seiner Gemahlinn verbessert werden sollte.

Das

\*) Nr. 5 der bey der Supplication pro Mandato befindlichen Anlagen.

\*\*) Nr. 6 derselben Anlagen.

Das regierende Haus mußte daher in den Erläuterungspunkten versprechen:

„Das im Vergleich stipulirte Augmentum Apanagii, auf den Fall Philipp Ernst, wie er zu thun Willens wäre, dasselbe seiner Gemahlinn zum Wittthum belegen würde, an diese zu entrichten.“

Und kurz vor seinem Tode führte er auch dies Vorhaben in einem am 14ten Jan. 1723 errichteten Codicill aus.

Die vom Curator schon genehmigten Vergleichsprojecte wurden daher dem gedachten Alverdisfischen Erbherrn zur gleichmäßigen Genehmigung nach Bückeburg, durch den Fürstlich Hessischen vom hohen Curator zur Alverdisfischen Curatel bestellten Canzleyrath Ernst, zugeschickt.

Graf Friederich Ernst approbirte auch in einer von ihm, am Tage vor geschlossenem Vergleich, am 8ten Decemb. 1722 ausgestellten Ratificationsurkunde \*) die ihm communicirten Vergleichsprojecte dergestalt:

„Daß Er solche in allen ihren Punkten und Clauseln, ohne daß es weiter seiner Unterschrift bedürfe, für Sich und Seine Nachkommen stets fest, und genehm halten wolle.“

#### §. 11.

und ratificirt ihn nochmals in dem nach seines Vaters Tode mit seiner Mutter im Jahr 1724 errichteten Vertrag.

Und als sein Vater am 27ten Novemb. 1723 verstarb: so ratificirte Derselbe in einem mit seiner Frau Mutter unterm 18ten und 16ten Febr. 1724 geschlossenen Vertrag \*\*) den mehrgedachten Vergleich vom 9ten Decemb. 1722 nochmals. Er bewilligte darin, daß nicht nur die in diesem Vergleich stipulirte Zulage von 1250 Rthlr., sondern auch von den übrigen Alverdisfischen Apanagegeldern jährlich 1000 Rthlr. seiner Frau Mutter zum Wittthum auf Lebenszeit vom regierenden Hause verabsolgt würden:

„Welches Er jederzeit genehm, und nicht anders, als wenn Er es selbst empfangen, zu halten versprach.“

#### §. 12.

Von beiden Theilen geschieht am kaiserlichen Reichshofrath die Vergleichsanzeige; deren Registration zu den Acten verordnet wird.

Auf solche Art wurde der Successionsstreit über den Brakischen Erbfall zwischen den Häusern Lippe-Detmold und Alverdisfen gütlich beigelegt.

Von beiden Theilen geschahen auch unterm 8ten und 18ten Januar 1723 bey dem kaiserlichen Reichshofrath die gehörigen Vergleichsanzeigen \*\*\*). In der vom damaligen Alverdisfischen Anwalt, Reichshofrathsagenten von Praun, der zugleich Fürstlich Hessen-Casselscher Anwalt war, übergebenen Anzeige wurde ausdrücklich angeführt, daß der Vergleich mit Consens des Herrn Landgrafen zu Hessen, als hohen Alverdisfischen Curators, geschlossen

\*) Nr. 7 mehrgedachter Anlagen.

\*\*) Nr. 8 eben der Anlagen.

\*\*\*) Nr. 9 und 10 besagter Anlagen.



sey. Und durch das Reichshofraths-Conclusum vom 27ten Januar 1723 wurde, solche zu den Acten zu registriren, verordnet.

§. 13.

Hingegen stellt Bückeburg gegen Lippe-Deilmold im Jahr 1726 das vorbehaltene Petitorium an: dessen befürchteter schlimmer Ausgang dieses zur Ausstellung einer bedingten Verschreibung an Alverdisen im Jahr 1734 veranlaßt, wodurch Alverdisen, zur Hauptsache gegen Bückeburg interveniendo einzukommen, bewogen wird.

Hingegen setzte Schaumburg-Lippe-Bückeburg die wider das regierende Haus Lippe im Jahr 1726 angestellte petitorische Klage fort.

Nachdem nun in diesem Rechtsstreit von beiden Theilen zum Urtheil submittiret, und im Jahr 1734 ein für jenes günstiges Votum ad Imperatorem im Werk war: so wurde von Seiten des regierenden Hauses, um ein widriges Urtheil mit dessen unausbleiblichen nachtheiligen Folgen, der Execution und Immission, ganz oder zum Theil abzuwenden, für nöthig gehalten, daß Alverdisen zur Hauptsache noch vor Ergebung des Urtheils interveniendo einkäme. Damit nun Graf Friederich Ernst zu Alverdisen sich desto geschwinder zur Ausstellung der zu dieser Intervention erforderlichen Vollmacht, wozu jedoch denselben schon der Cessionsvergleich vom 9ten Decemb. 1722 verpflichtete, verstehen möchte: so versprach der damalige regierende Graf zur Lippe, Simon Heinrich Adolph, durch die Alverdisische Weigerung, bey der Gefahr im Verzuge, in die äußerste Verlegenheit gesetzt, in einer am 7ten Mai 1734 ausgestellten Verschreibung \*):

„Auf den Fall, wenn Lippe-Bückeburg einen Theil des Brakischen Apanagii  
„erstreiten, durch diese Intervention aber die dem Hause Alverdisen compe-  
„tirende Quota salviret, und bey dem regierenden Hause bleiben würde, dem  
„Hause Alverdisen über die schon vorhin verglichene Zulage noch Tertiam,  
„so der Hauptstuhl der Alverdisischen Ratae jährlich austragen würde, fünf-  
„tig alle Jahre zuzulegen.“

§. 14.

Diese Intervention wird aber zweymal verworfen, ad Separatum verwiesen, und Lippe-Deilmold durch die Sentenz vom 26ten August 1734 zur Herausgabe der Hälfte des Brakischen Erbtheils cum fructibus perceptis an Bückeburg schuldig erkannt.

Zwar stellte Lippe-Alverdisen nunmehr die gewöhnliche Vollmacht an seinen Agenten in Wien aus, und kam unterm 20ten Mai 1734 zur Hauptsache mit seiner Intervention ein, worin gebeten wurde:

„Dasselbe damit vor Eröffnung der Sentenz rechtlich zu hören; zuvor die  
„zur weitem Ausführung seiner Rechte nöthige Production des Philippini-  
„schen Testaments und Codicills dem Grafen zu Bückeburg aufzugeben, und  
„sodann zu erkennen, daß, wenn wider Vermuthen nicht das Pactum unio-  
„nis und die kaiserliche Primogeniturconfirmation, sondern das Testament  
„Simons des VI die Entscheidung geben sollte, der darnach der Philippini-  
„schen Linie von dem erledigten Brakischen Apanagio zufallende Antheil nicht  
„dem Grafen zu Bückeburg, sondern dem Intervenienten gebühre.“

Allein

\*) Nr. II der Anlagen zum Mandatsgesuch.

Allein diese Intervention wurde durch die Reichshofrathssentenz vom 26ten August 1734 \*), und zum zweytenmal durch das Conclufum vom 3ten März 1735 zum größten Nachtheil des regierenden Hauses verworfen, ohne Aufhaltung der Hauptsache ad Separatum verwiesen, und Letzteres zur Restitution der Hälfte des Brakischen Antheils mit den erhobenen Nutzungen an Bückeburg schuldig erkannt; dadurch also sowol die Interventionsvollmacht, als die ihrentwegen ausgestellte bedingte Verschreibung fruchtlos und vernichtet.

§. 15.

Zwar klagt Alverbiffen nunmehr in Separato; indessen wird aber letztere Sentenz 1737 in Revisorio bestätigt, und noch im nemlichen Jahre durch eine Executionscommission zur Vollziehung gebracht.

Nun hätte das regierende Haus in dem reservirten Separatproceß als Cessionarius in eignem Namen handeln können, ohne daß es einer weitem Alverbiffischen Vollmacht bedurft hätte. Jedoch Alverbiffen stellte dazu eine neue Vollmacht willig aus, ohne daß dabey der bedingten Verschreibung von 1734 weiter gedacht wurde; und kam am 25ten Febr. 1735 mit seiner Separatklage ein. Daraus entstand aber ein langwieriger Rechtsstreit, worin bis zur Septuplik verfahren wurde. Während desselben wurde nicht nur in Revisorio der Hauptsache am 27ten April 1737 das Urtheil vom 26ten August 1734 bestätigt, sondern auch darauf die Execution erkannt, und noch in eben dem Jahr von der Niederrheinisch-Westphälischen Kreiscommission die Immission des Grafen zu Bückeburg in die ihm zuerkannte Hälfte des Brakischen Antheils, selbst so gar über die Gränzen des Commissorii, wegen erhobener noch illiquider Nutzungen, auch in die andere Hälfte, zum unersetzlichen Schaden des regierenden Hauses vollstreckt. Eine Beschwerde, der, obgleich ein Höchstpreislischer Reichshofrath dies eigenmächtige Verfahren der Executionscommission mißbilligte, und dem Hause Bückeburg die Wiederherausgabe der einen Hälfte befahl, dennoch theils nicht gleich, theils nicht völlig abgeholfen wurde.

§. 16.

Erst im Jahr 1744 wird Bückeburg zur Theilung mit Alverbiffen in solchem Separatproceß schuldig erkannt; sucht jedoch die Wüfung dieses Urtheils wieder zu vereiteln.

Endlich wurde zwar, durch die in Separato am 18ten Septemb. 1744 erfolgte Sentenz \*\*), Lippe-Bückeburg schuldig erkannt, die Hälfte des Brakischen Antheils, mit den erhobenen Nutzungen, wieder mit Lippe-Alverbiffen, als Miterben, zu theilen. Eine Sentenz, die dem regierenden Hause, vermöge der Alverbiffischen Cession, allein zu gut kam. Allein das Haus Bückeburg suchte diesen mit so schweren Kosten nach so vielen Widerwärtigkeiten erstrittenen, dem erlittenen Verlust nicht gleichkommenden Gewinn auf mehr als eine Art wieder zu vereiteln.

§. 17.

Denn Bückeburg wendet 1) dagegen die Revision ein;

Denn fürs erste nahm Es dawider das Revisionsmittel zur Hand, erlegte 4000 Gulden Succumbenzgelder, und setzte dadurch die Sache wieder dem ungewissen Ausgang eines langjährigen Rechtsstreits aus.

§. 18.

\*) Nr. 12. eben dieser Anlagen.

\*\*) Nr. 13. solcher Anlagen.

## §. 18.

klagt 2) auf die Aufhebung der Alverdiffischen Cession, und impetret am 17ten Jul. 1747 ein Kaiserliches Rescriptum C. C.;

Fürs andere klagte Dasselbe auf Annulation der Alverdiffischen Cession von 1722 unter dem Vorwand, daß solche den Lippischen Hausgrundgesetzen und Familienverträgen zuwider sey, und Seinem künftigen Erbrecht theilhaftig werden könne; war auch so glücklich, sowol gegen Lippe-Detmold, als gegen Alverdiffen ein Kaiserliches Rescriptum C. C. vom 17ten Jul. 1747 des Inhalts zu erhalten:

„Nachdem Ihre Kaiserliche Majestät nicht sehen könnten, wie der eingeklagte Cessionsvergleich mit dem Testament des allgemeinen Stammvaters Simon des VI, sodann mit denen von dessen Söhnen und Nachfolgern verschiedentlich errichteten Pactis Domus, brüderlichen und agnatischen Verträgen, und dem darin festgestellten Ordine succedendi zu vereinbaren seyen, und wie sothane Cessionen künftighin bestehen könnten: als beschloß Ihre Kaiserliche Majestät, den Imploranten in Termino duorum mensium hierin klaglos zu stellen, oder, dafern etwas dagegen einzuwenden sey, solches in eodem Termino einzubringen.“

## §. 19.

Bringt 3) wider Lippe-Detmold in der Hauptsache die Erkennung einer neuen Executionscommission aus;

Fürs dritte bewürkte Dasselbe in der Hauptsache durch Sub- und Obreption, durch übertriebene Vergrößerung der von Lippe-Detmold erhobenen Klagen, ein übrigens sehr venerirliches Reichshofraths-Conclusionum vom 2ten August 1747, worin eine abermalige Executionscommission auf den Westphälischen Kreis erkannt, und dadurch dem regierenden Hause der völlige Untergang gedrohet wurde.

## §. 20.

und bewürkte dadurch 4) daß, wie Lippe-Detmold mit Production einer von Alverdiffen am 26ten August 1747 ausgestellten Vollmacht, worin die Cession nochmals ratificirt wurde, um Vollstreckung der Sentenz vom 18ten Septemb. 1744 gegen Caution nachsucht, solches durch das Conclusionum vom 17ten Jun. 1748 abgeschlagen wird.

Zwar stellte Diesem Graf Friederich Ernst zu Alverdiffen unterm 26ten Aug. 1747 folgende Vollmacht \*) aus:

„Demnach, vermöge der, zwischen dem regierenden Gräfl. Lippischen Hause zu Detmold und Unserm Gräfl. Hause zu Alverdiffen, wegen der Brakischen Succession errichteten Vergleiche, und darinnen an Jenes, von Unserm Höchstel. Herrn Vaters Gnad. beschehenen, auch von Uns selbstern genehmigten und verschiedentlich bekräftigten Cession, und gänzlicher Uebertragung aller ab Seiten des Hauses Alverdiffen an den Brakischen Anfall habenden Ansprüche und Gerechtsame, Hochbesagtes regierende Detmoldische Haus sothane Unsere Ansprüche und Gerechtsame in Unserm Namen bey dem Höchstpreislichen Kaiserlichen Reichshofrath gegen Unserm Herrn Vaters,

\*) Nr. 14. derselben Anlagen.

„terß, des Herrn Grafen zu Schaumburg-Lippe-Bückeburg Ebd. ein- und  
 „ausgeklagt, auch im Septbr. 1744 eine allgeredteste Definitivurtheil er-  
 „halten, wodurch die Hälfte von der dem Hrn. Grafen zu Bückeburg vorhin  
 „zuerkannten Halbscheid des Brakischen Anfalls Uns cum fructibus perceptis  
 „zuerkannt, und wohlbesagter Hr. Graf zu Bückeburg zu dessen Restitution  
 „angewiesen worden: Sothaner preiswürdigsten Sentenz; aber so wenig noch  
 „zur Zeit ein Gnüge geschehen, als wenig wegen des bald darauf erfolgten  
 „Interregni und hiernächst wegen vieler darzwischen gekommenen Abhaltungen  
 „bisherum um die Execution angesucht werden können, folglich daß solche nun-  
 „mehr ohne weitem Anstand, des ab Seiten Bückeburg interponirten Revi-  
 „sorii ohngeachtet, auf eben den Fuß, wie von Bückeburg in der Brakischen  
 „Hauptsache geschehen, cum oblatione cautionis allerunterthänigst gesucht  
 „werde, allerdings nöthig seyn will: Und dann ohnehin das regierende  
 „Haus in dieser Sache, kraft der vorwaltenden Vergleiche und  
 „beschehenen Cession, an Unsere Stelle eingetreten, mithin qua  
 „Cessionarius dieser Sentenz alleinig genießen muß; Als geben Wir  
 „hierdurch, mit nochmaliger Bekräftigung obangezogenen Ces-  
 „sionsvergleichs, wohlwissentlich und wohlbedächtig für Uns, Unsere  
 „Erben und Nachkommen, an der Frau Fürstinn, Vormünderinn und  
 „Regentinn Durchl. und Ebd., behuef Dero Herrn Sohns, Herrn Grafen  
 „Simon August Ebd., als künftig regierenden Herrn, und Dero Nachkom-  
 „men an der Regierung, ausdrückliche Vollmacht, Freyheit und Gewalt,  
 „die Execution obbelobter Sentenz de 18ten Septemb. 1744 auszuwirken,  
 „und sich statt Unserer in die erstrittene Hälfte der Bückeburgischen  
 „Hälfte des Brakischen Anfalls immittiren, auch die zuerkannten  
 „Fructus perceptos sich zahlen und vergüten zu lassen, wie nicht weni-  
 „ger überhaupt hierunter Uns cessionsmäßig zu ver- und in Unsere Stelle ein-  
 „zutreten, mithin alles dasjenige zu thun, zu handeln, zu suchen, und aus-  
 „zuwirken, auch zu haben und zu genießen, was Uns vermöge obgepriesener  
 „Sentenz zu thun und zu bewirken, auch zu haben und genießen zukommen  
 „möchte; welches Wir jederzeit genehm halten wollen.“

Als jedoch Lippe-Dehmold mit Production dieser Vollmacht um Voll-  
 streckung der Sentenz vom 18ten Septemb. 1744, und um Immission in den  
 cedirten Alverdisfischen Antheil gegen hinlängliche Caution nachsuchte: so er-  
 gieng sogar das übrigen sehr zu verehrende Reichshofraths-Conclusum vom  
 17ten Jun. 1748: worin sowol

„das Gesuch in puncto Cautionis abgeschlagen,“

als auch

„Alverdisfischen und die damalige Gräflich Lippe-Dehmoldische Vormundschaft  
 „mit dem vorgeschickten Jure cesso auf den super hoc Puncto in Separato  
 „obwaltenden Proceß, und hierin unterm 17ten Jul. 1747 ergangene kaiser-  
 „liche Verordnung verwiesen“

wurde.

#### §. 21.

Durch alles das steht sich Lippe-Dehmold genöthigt, mit Bückeburg 1748 zu Stadthagen  
 einen Vergleich einzugehen: vermöge dessen Bückeburg im judicatmäßigen Besitz der Hälfte des  
 Brakischen Anfalls verbleibt; dagegen sich Jenes den Rückfall der cedirten Alverdisfischen  
 Rechte bey dem Ausgang des Bückeburgischen Stammes vorbehält.

So sehr sich also auch das regierende Haus angelegen seyn ließ, die Ihm  
 cedirten, durch die Sentenz vom 18ten Septemb. 1744 erstrittenen Alverdisfischen

Rechte geltend zu machen: so wurde doch Dasselbe durch alle diese widrige Vorgänge aller Hoffnung beraubt, jemals durch den Weg Rechts zu deren Genuß zu gelangen. Der nunmehr die Landesregierung antretende jetzige Herr Graf zu Lippe-Deimold sah sich daher in die traurige Nothwendigkeit gesetzt, diesem verderblichen Successionsstreit, der Sein Haus ganz erschöpft, und fast zu Grunde gerichtet hatte, zu endigen, und den mit Schaumburg-Lippe-Bückeburg am 10ten August und 19ten Novemb. 1748 zu Stadthagen geschlossenen Vertrag \*) einzugehen.

Hierin wurde verglichen und festgesetzt:

daß I) der Lippe-Brakische Antheil in zwey Theile vertheilet seyn, und davon das regierende Haus Lippe zu seiner Hälfte die Aemter Brake und Barndorf, Schaumburg-Lippe-Bückeburg aber zu seiner Hälfte die beiden Aemter Blomberg und Schieder, vermöge des kaiserlichen Reichshofraths Judicati vom 26ten August 1734, also auch den dem Hause Alverdiffen durch die Sentenz vom 18ten Septemb. 1744 zuerkannten Antheil, haben und behalten;

besage des 1ten Art. dieses Vergleichs.

überdies II) Lippe-Deimold für die gehobenen 28 jährigen Nutzungen der Brakischen Erbschaft an Bückeburg 100000 Rthlr. mit Ausschluß desjenigen, so Bückeburg aus dem 6 jährigen Genuß des Amts Brake, und aus dem von 1734 bis zu diesem Vergleich innehabten Amt Barndorf, darauf erhoben, bezahlen;

vermöge des 8ten Art.

daß III) das regierende Haus, ohngeachtet Bückeburg im Besiz des Alverdiffischen Antheils blieb, dasjenige, was Es in dem Cessionstransact übernommen, an Alverdiffen nach als vor entrichten, desfalls keine Schadloshaltung begehren, jedoch, zu einiger Vergütung alles dessen, das bey weiten keine 1000 Rthlr. jährlich eintragende Amt Lipperode bis zum Ausgang des Hauses Alverdiffen abgetreten erhalten;

laut des 7ten Artikels.

dabey IV) Lippe-Deimold dafür, daß Lippe-Alverdiffen gleichfalls Litterenunciere, und diesen Vergleich binnen 6 Wochen genehmige, mögliche Bemühung anwenden, oder widrigenfalls Lippe-Bückeburg dagegen vollständig vertreten, und auf den unvorhergesehenen widrigen Ausgang des der Alverdiffischen Präntension halber erregten Processes schadlos halten sollte.

besage des 7ten Artik.

Dagegen hat aber

V) der regierende Herr Graf zu Lippe-Deimold, nach wörtlichem Inhalt des 6ten Artikels

„Sich alle sonstige *ex Cessione Alverdiffensi* erlangte Jura gegen das Gräfliche Haus Schaumburg-Lippe-Alverdiffen ausdrücklich reserviret, und *in specie* Sich und Seinem Gräflichen Hause auf den Fall, daß der Mannsstamm des jetzt regierenden Gräfl. Schaumburg-Lippe-Bückeburgischen altern Hauses verblühen sollte, den Rückfall der dem Gräfl. „regie-

\*) Nr. 15. der Anlagen zum Mandatsgesuch.

„Regierenden Hause zur Lippe-Detmold, vermöge vorerwehnter Cession, von Alverdissen abgetretenen und übertragenen *Jurium* feyerlichst vorbehalten; dergestalt, daß es in so fern bey diesem Cessionstransact zwischen Lippe-Detmold und Lippe-Alverdissen sein Verbleiben habe: jedoch Ihro Hochgräflichen Gnaden zur Lippe-Schaumburg-Bückeburg, als welche diese Cession nie anerkannt, unnachtheilig.“

Von beiden transigirenden Theilen geschah auch bey dem Höchstpreislischen Reichshofraht die Anzeige von dem geschlossenen Vergleich; und wurde dieser selbst in allen Puncten erfüllt. Nur konnte Lippe-Detmold die im 6ten Artikel desselben auch nur alternative versprochene Alverdissische Renunciation und Ratification nicht bewirken.

§. 22.

Endlich beschwert sich Alverdissen im Jahr 1753 gegen Lippe-Detmold hauptsächlich über angebliche Nichterfüllung des Cessionsvergleichs; impetrirte auch ein, dessen Klaglosstellung verordnendes, kaiserliches Rescript: wogegen das Regierende Haus den Ungrund der Alverdissischen Beschwerden dergestalt aufdeckt, daß daraus ein weitläufiger, noch unentschiedener Rechtsstreit erwächst.

Auf die Art war die Ruhe in sämmtlichen Gräflich Lippischen Häusern wieder hergestellt. Nachdem aber Graf Friederich Ernst zu Alverdissen seinem Sohn, Herrn Grafen Philipp Ernst, im Jahr 1749 die Administration seiner erbherrlichen Güter übertragen hatte: so ließ Dieser bey dem kaiserlichen Reichshofraht am 28ten Mai 1753 ad causam, Lippe-Brakische Succession betreffend, in specie Schaumburg-Lippe-Bückeburg wider Lippe-Detmold und Alverdissen, Rescripti pto praet. illicitae cessionis, eine Anzeige und Vorstellung ad Conclusum vom 17ten Jul. 1747 (§. 18) wider Lippe-Detmold übergeben. Hierin wurde darüber vermeintliche Beschwerde geführt:

Daß das Regierende Haus

- 1) den Cessionsvergleich vom 9ten Decemb. 1722 nicht ganz vollzogen, sondern demselben in drey Puncten zuwider gehandelt;
- 2) die bedingte Verschreibung vom 7ten Mai 1734 (§. 13) nicht erfüllt; und
- 3) das Haus Alverdissen im Stadthager Vergleich (§. 21) von der künftigen Succession in die Aemter Blomberg und Schieder ausgeschlossen hätte, ohne dessen im 6ten Artikel dieses Vergleichs versprochene Ratification bewirkt zu haben.

Zugleich wurde ganz widersprechend der Rechtsbestand des Cessionsvergleichs, auf dessen Erfüllung doch geklagt wurde, beyläufig angefochten. Und am Ende war das Petikum darauf gerichtet:

„Daß Ihro Kaiserliche Majestät allergnädigst geruhen möchten, dem Regierenden Herrn Grafen zur Lippe durch ein geschärftes Rescript aufzuerlegen, dem Herrn Grafen zu Alverdissen in allen und jeden deducirten Beschwerden, und Forderungen klaglos zu stellen, und, wie solches geschehen, in Zeit weyer Monathe anzuzeigen, oder aber in Entstehung dessen zu gewärtigen, daß Demselben, nach Maafgabe der in der Brakischen Successions-Haupt- und Separat-Sache ergangenen Sentenzen, mit Cassirung  
D „alles



„alles dessen, so darwider, auch wider das altväterliche Testament, und übrige Hausgrundgesetze und Verträge heimlich unternommen und verglichen worden, zu der der Alverdiffischen Linie rechtskräftig adjudicirten Quarte der Lippe-Brakischen Verlassenschaft cum fructibus perceptis, damnis & expensis executive verholten werde.“

Gedachter Herr Graf zu Alverdiffen erhielt auch darauf durch Sub- und Obreption am 13ten Septemb. 1753 ein übrigens Höchstvenerirliches Kaiserliches Rescript: wodurch dem regierenden Hause, jenen klaglos zu stellen, aufgegeben wurde.

Dieses zeigte jedoch dagegen unwidersprechlich, daß

ad 1) von Seiner Seite dem Cessionsvergleich nicht zuwider gehandelt, sondern solcher, so viel Ihm obgelegen hätte, getreulich erfüllt;

daß hingegen

ad 2) die Verschreibung von 1734, weil die Bedingung, unter der sie ausgestellt worden, nicht eingetreten wäre, unverbindlich;

und daß

ad 3) die Alverdiffische Ratification des Stadthager Vergleichs, da Alverdiffen bereits im Jahr 1722 alle seine Ansprüche auf den Brakischen Anfall dem Regierenden Hause cediret hätte, überflüssig gewesen, und deswegen auch in diesem Vergleich dem Hause Bückeburg nur alternative die Bbringung jener Ratification oder Evictionsleistung versprochen sey;

ließ dabey gegen den Rechtsbestand des Cessionsvergleichs keinen erheblichen Zweifel übrig; und setzte überhaupt der gegentheiligen Klage so gegründete Sub- und Obreptionseinreden entgegen, daß in diesem Rechtsstreit von beiden Theilen bis zur Septuplik verfahren, dadurch jenes allergnädigste Kaiserliche Rescript in vim simplicis Querelae resolviret, und nunmehr dessen gerechte Wiederaufhebung, bey der schon im Jahr 1770 erfolgten Inrotulation der Acten, zuverlässig zu erwarten ist.

#### §. 23.

Nun geht auch mit dem im Jahr 1777 erfolgten Tode des Grafen Friederich Wilhelm Ernst der Bückeburgische Mannstamm aus, und werden dadurch die beiden zum Brakischen Anfall gehörenden Lippischen Aemter, Blomberg und Schieder, wieder erledigt: worauf dem Hause Alverdiffen, vermöge des Cessionsvergleichs von 1722 und des Stadthager Vertrags von 1743, gar kein, oder doch höchstens nur ein Erbrecht in Ansehung der Hälfte zustehet.

Alverdiffen hatte indessen für die Cession seiner Ansprüche seit 1722 jährlich die vergleichsmäßige Zulage von 1250 Rthlr. unweigerlich erhoben, und auch dafür die übrigen beträchtlichen Emolumente ruhig genossen. Dagegen hatte sich das Gräflich Lippische Regierende Haus durch diese so theuer erkaufte Alverdiffische Cession fast keinen andern Vortheil, als die damals, wie der Stadthager Vergleich geschlossen wurde, noch so entfernte Aussicht erworben, künftig einmal, auf den unverhofften Fall des Ausgangs des Bückeburgischen Mannstamms, zum Genuß der cedirten, und im letzten Vergleich feyerlichst reservirten Alverdiffischen Rechte zu gelangen.

Der Fall trat jedoch wider alle Erwartung im Jahr 1777 ein. Der leztregierende Graf zu Schaumburg-Lippe-Bückeburg, Friederich Wilhelm Ernst, starb am 10ten Septemb. dieses Jahrs unbeerbet. Mit ihm erlosch der Mann-

Mannstamm des Lippe-Bückeburgischen ältern Hauses; und dadurch wurden die zur Brakischen Succession gehörenden beiden Lippischen Aemter, Blomberg und Schieder, die Derselbe als Gräflich Lippischer Erbherr besaß, wieder erledigt.

Der jetzige Herr Graf zu Lippe-Alverdissen, Philipp Ernst, folgte ihm zwar, als nächster Agnat, in der Regierung der Grafschaft Schaumburg-Bückeburg. Allein auf jene beiden Lippischen Aemter kam Denselben, wie aus vorstehender Geschichtserzählung erhellet, kein Erbrecht zu.

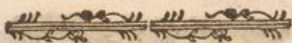
Sein Großvater, der die ganze Hälfte des Brakischen Antheils, mit Ausschließung von Bückeburg, in Anspruch nahm (§. 5), hatte in dem Vergleich vom 9 Decemb. 1722 (§. 7) darauf für sich und seine Nachkommen, in Faveur des Gräflich Lippischen Regierenden Hauses, beständigst renunciiret, und Diesem alles daran quocunque titulo haben könnende Recht feyerlichst cediret, um sich dessen nach Masgebung der Erstgeburtsgerechtigkeit ruhig zu gebrauchen; also anerkannt, daß der ganze Brakische Antheil dem Erstgebohrnen allein gebühre, und eben dadurch nicht bloß seinem damaligen, sondern auch seinem zukünftigen Recht entsagt.

Dieser Cessionsvergleich war von dem, Seinem Großvater Kaiserlich bestellten hohen Curator, vor und nach dessen Schließung genehmigt (§. 8 & 9); war von Seinem Vater, dessen Erbe Er geworden ist, ehe Er noch einmal gebohren war (§. 10), und hernach noch mehr als einmal ratificiret (§. 11 u. 20); war von Ihm selbst, der so gar im Jahr 1753 auf dessen Erfüllung klagte (§. 22), durch jährliche Erhebung der für die Cession stipulirten 1250 Rthlr. und durch den Genuß der dafür eingeräumten Emolumente so oft anerkannt worden. In keinem Betracht war also an dem Rechtsbestand dieses Vergleichs zu zweifeln.

Ob sich nun gleich der jetzt Regierende Herr Graf zur Lippe-Dehmold in dem zu Stadthagen geschlossenen Vergleich von 1748 gefallen lassen mußte, daß Schaumburg-Lippe-Bückeburg im Besiß der ganzen Hälfte des Brakischen Anfalls, die dieses Haus durch die Reichshofrathsentscheid. vom 26ten August 1734 (§. 14) erstritten hatte, hernach aber, solche mit Alverdissen zu theilen, durch die Sentenz vom 18ten Septemb. 1744 schuldig erkannt war (§. 16), also im Besiß der diese Hälfte ausmachenden beiden Aemter, Blomberg und Schieder, verbliebe; so hatte sich jedoch Hochderselbe dabey alle aus der Alverdissischen Cession erlangte Rechte ausdrücklich reserviret, und Sich und Seinem Gräflichen Hause, auf den Fall der Erlöschung des Bückeburgischen Mannstamms, den Rückfall der von Alverdissen abgetretenen Rechte feyerlichst vorbehalten; dergestalt, daß es in so fern bey dem Cessionstransact von 1722 sein Verbleiben haben, nur solcher dem Hause Bückeburg, das diese Cession nie anerkannt hatte, unnachtheilig seyn sollte (§. 21).

Ohne Zweifel konnten Lippe-Dehmold und Bückeburg über den Brakischen Antheil, in so weit Alverdissen darauf renunciiret, und sein daran habendes Recht cediret hatte, mit Rechtsbestand nach Gefallen transigiren, ohne daß dazu eine Alverdissische Ratification im geringsten erforderlich war.

Dem Erbrecht des nächsten Stammvattern von der ausgegangenen Bückeburgischen Linie auf die von dieser besessenen Güter standen also augenscheinlich, in Ansehung der beiden Lippischen Aemter, Blomberg und Schieder, die sowol von der Alverdissischen als Bückeburgischen Linie eingegangenen Vergleiche von 1722 und 1748 entgegen: vermöge welcher diese Aemter auf den



Regierenden Herrn Grafen zur Lippe, als Vertragserben, mit dem Ausgang des Hauses Bückeburg, zurückfielen.

Wenn man aber auch wider den klaren Sinn dieser Verträge und wider alle rechtliche Auslegung, der zum Besten der mit dem Primogeniturrecht privilegierten regierenden Linie so allgemein geschehenen Alverdisfischen Renunciation ungeachtet, dafür halten wollte, daß sich die Cession und der Kraft ihrer bedingene Rückfall der Alverdisfischen Rechte nicht weiter, als auf den dem Hause Alverdisfen vermög Testaments Simons VI zugekommenen, und ihm durch die Sentenz vom 18ten Septemb. 1744 zugesprochenen Antheil, also nur auf den vierten Theil des Brakischen Anfalls erstrecke: so war doch das wenigstens gewiß, daß gedachter Herr Graf zu Alverdisfen gar kein Erbrecht auf die unstreitig cedirte eine Hälfte beider Aemter hatte.

§. 24.

Demungeachtet präcipirt Dasselbe dem Regierenden Hause zur Lippe den Besitz der ganzen beiden Aemter auf die widerrechtlichste und gewaltthätigste Art.

Nichts desto weniger setzte sich Derselbe, gleich nach dem Ableben des Grafen zu Bückeburg, heimlich und gewaltthätig im Besitz der ganzen beiden Aemter; ließ zu dem Ende fremde bewaffnete Mannschaft zu Pferde und zu Fuß von Bückeburg und Alverdisfen kommen; violirte durch deren Reichsconstitutionswidrigen Durchzug das Gräflich Lippische Territorium; besetzte damit, und mit im Amt Blomberg Hausverfassungswidrig angeworbener Miliz die Schlösser Blomberg und Schieder und das platte Land; führte im Schloß Blomberg Canonen auf; zwang die Eingefessenen beider Aemter zur ungebührlichen Huldigung und Ausschmückung des Soldateneides; und präcipirte auf die Art dem regierenden Herrn Grafen zur Lippe den Ihm von Rechtswegen gebührenden Besitz, ehe Dieser einmal das unvermuthete Ableben des Grafen zu Bückeburg erfahren konnte \*).

§. 25.

Das Regierende Haus, anstatt von hier erlaubter Selbsthülfe Gebrauch zu machen, verwarhrt sich bloß dagegen durch Protestationen, und sucht beyrn Kaiserlichen Reichshofraht um ein Mandat nach.

Letzterer wäre nun zwar befugt gewesen, gegen diese Usurpation erlaubte Selbsthülfe zur Hand zu nehmen, und Gewalt mit Gewalt zu vertreiben. Allein Hochderselbe begnügte sich, dagegen sowol schriftlich, als durch zwey Kaiserliche Notarien zu protestiren \*\*), und faßte, zur Vermeidung unglücklicher Thätlichkeiten, den Entschluß, den Weg oberstrichterlicher Hülfe zu wählen. Namens Desselben wurde daher am Höchstpreislischen Kaiserlichen Reichshofraht unterm 9ten Octobr. 1777 eine Allerunterthänigste Supplication pro clementissime decernendo Mandato poenali de non vi armata, sed via Juris procedendo, & pendente lite nihil attentando & innovando, nec non deoccupando hereditatem, vi Pactorum renunciatorum & successoriorum vitio visibili carentium competentem, ast clandestine, vi ac armata manu praeceptam

\*) Nr. 16 und 17 der Anlagen zum Mandatsgesuch.

\*\*) Nr. 18 und 19 dieser Anlagen.

reptam cum omni causa, vel admittendo saltem ad realem Compossessionem S. C., wider den Herrn Grafen Philipp Ernst zu Lippe-Alverdissen, auch nunmehr Regierenden Grafen zu Schaumburg-Bückeburg, und zwar zur Lippe-Brakischen Successionsfache, insbesondere zu der von Lippe-Alverdissen im Jahr 1753 anhängig gemachten Rescriptsache, übergeben.

§. 26.

Die Gründe, worauf dieses Mandatsgesuch vornemlich beruht:

Hierin wurden zuerst die wahren Geschichtsumstände erzählt, gehdrig bescheinigt, oder aus den vorhergegangenen Rechtshändeln nachgewiesen; und hiernächst wurde das Mandatsgesuch hauptsächlich auf die beiden Vergleiche von den Jahren 1722 und 1748 gegründet.

„Diese zeigten sich nemlich als solche mit keinen sichtbaren Mängeln behaftete Familien- und Successionsverträge (§. 23), woraus dem Heredi pactitio das Interdictum quorum bonorum utile wider denjenigen, der die Erbschaft pro herede vel possessore detinere, zur Erlangung ihres Besizes zustehet, und worauf nach heutigem Gerichtsgebrauch Mandata S. C. erkannt wurden.

„Bermöge dieses dem Herrn Imploranten zustehenden possessoriischen Rechtsmittels, könne also dem Herrn Imploranten die widerrechtliche Präoccupation des Besizes, und zwar um so weniger zu gut kommen, da diese heimlich und gewaltthätig unternommen sey.

„Wenn man Ihn auch allenfalls zur Besizergreifung des der ausgegangenen Bückeburgischen Linie an dem Brakischen Anfall zugestandenen Antheils, also der Hälfte beider Aemter befugt halten wollte: so sey doch eben so wenig ein Erbe, gemeinschaftliche Erbschaftsgüter ohne Vorwissen und zur Verbortheilung seiner Miterben zu präoccupiren berechtigt, und könne er sich dadurch die Vortheile des Besizes nicht erwerben.“

Zugleich wurde gezeigt, daß, obgleich Herr Implorat in der im Jahr 1753 erregten Rescriptsache, worin jedoch hauptsächlich auf die Erfüllung des Cessionsvergleichs, und nicht auf dessen Annulation geklagt sey, verschiedene weit hergeholt illiquide Einreden gegen den Rechtsbestand mehrgedachter Cessions- und Successionsverträge vorgebracht habe, dennoch alles das die Immission ex Interdicto quorum bonorum nicht aufhalten könne, sondern als Exceptiones altioris indaginis ins Petitorium und Separatum gehöre.

Bielmehr habe Derselbe, da, besage eben dieser Rechtsache, der gegenwärtige Successionsfall schon am Höchstpreislichen Reichshofraht zwischen beiden Theilen rechtshängig gewesen sey, sich durch die gewagte eigenrichterliche Occupation einer verbotenen Veränderung des Status litis, und eines unerlaubten Attentats schuldig gemacht.

Das Petikum gieng vornemlich dahin:

„Daß dem Herrn Imploranten die Deoccupation der ganzen beiden Aemter, Blomberg und Schieder, oder, dafern es wider Verhoffen, der so allgemein geschehenen Alverdissischen Renunciation und Cession ungeachtet, etwa noch für zweifelhaft und litigös zu halten wäre, ob sich diese auch auf den Bückeburgischen Antheil vom Brakischen Anfall erstrecke, doch wenigstens die Räumung dieser Aemter zur Hälfte, mit Erstattung der bereits erhobenen Nutzungen, allergnädigst befohlen werden möchte.“



Im letztern Fall behielt sich jedoch das Gräflich Lippische Regierende Haus, in Ansehung der andern Hälfte, alle Rechtszuständigkeit vor.

## §. 27.

Darauf wird ein Kaiserliches Mandatum S. C. am 18ten Novemb. 1777 gegen Lippe-Alverdissen erkannt: wodurch diesem die Deoccupation der Hälfte der Aemter, Blomberg und Schieder, befohlen wird.

Hierauf wurde am 1sten Novemb. 1777 ein allergnädigstes Kaiserliches Mandatum de deoccupando dimidiam partem der Aemter Blomberg und Schieder cum appertinentiis, fructibus perceptis, omnique causa, & de non amplius via facti sed juris procedendo S. C. sub poena 10 Marcarum auri, annexa citatione solita, & cum Terminis 2 Mensium wider den Herrn Grafen zu Schaumburg-Lippe-Alverdissen gerechtest erkannt.

## §. 28.

Dagegen übergiebt Impetrat Exceptiones, die das Mandatsgesuch keiner Sub- und Obreption überweisen, und vornehmlich in petitorischen Einwendungen und Gegenforderungen bestehen.

Nach vielen Fristgesuchen wurden dawider am 12ten Octobr. 1778 angebliche Exceptiones sub- & obreptionis eingebracht.

In dieser außerordentlich weitläufigen Schrift konnte jedoch das Mandatsgesuch keiner wahren Sub- und Obreptionsfehler überwiesen werden. Der Ungrund der 20 Hintergehungen des höchsten Richters, womit dasselbe darin beschuldigt wurde, ergab sich aus dessen Inhalt und aus den vorherigen Acten von selbst. Ueberhaupt machte die Uebergebung des Mandatsgesuchs zu der von Alverdissen im Jahr 1753 erregten Rescriptsache, woraus schon alle Einwendungen zu ersehen waren, die Herr Impetrat demselben mit einigem Schein entgegen setzen konnte, alle Sub- und Obreption unmöglich.

Außerdem enthielt diese Exceptionschrift eine Wiederholung der wider den Rechtsbestand des Cessionsvergleichs von 1722 schon in letztgedachter Rescriptsache angebrachten Einwendungen, nebst einer in drey Gegenforderungen bestehenden Reconvention.

Da jedoch das nicht zu täuschende Auge der Gerechtigkeit an dem Cessionsinstrument, in Verbindung mit den dazu gehörenden Consens- und Ratificationsurkunden des dem Grafen Philipp Ernst bestellten hohen Curators, und dessen damals schon volljährigen Sohns, keine sichtbaren Mängel entdecken konnte: so waren alle die illiquiden petitorischen Einreden, wodurch die Gültigkeit der Cession vergeblich angefochten werden wollte, in gegenwärtiger possessorisichen Sache, worin es blos darauf ankommt, welchem von beiden Theilen der Besitz des streitigen Erbtheils nach Recht und Billigkeit zuzuerkennen sey, unzulässig, und gehörten als altioris indaginis ins Petitorium; um so mehr, da Herr Impetrat solchen Vergleich durch eigene Handlungen anerkannt, und unleugbar selbst im Jahr 1753 auf dessen Erfüllung geklagt hatte. Zwar wollte Derselbe jetzt an diese Klage nicht mehr gebunden seyn, und sich zu ihrer Zurücknehmung berechtigt halten, weil er solche zu der Zeit, vermöge der von Einem damals noch lebendem Vater cedirt erhaltenen Rechte, angestellt habe, nunmehr aber Jure proprio ex pacto & providentia majorum quaesito agire.

Ob Er aber dazu befugt sey, das war wo möglich noch mehr Quæstio altioris indaginis, die erst in Separato ausgemacht werden mußte, und also die Illiquidität jener Einreden nur noch mehr bestärkte.

Da endlich der Mandatsproceß seiner Natur nach keine Reconvention zuläßt: so gehörten auch die vermeintlichen Gegenforderungen, die in höchst illiquiden, zum Theil auffallend lächerlichen Ansprüchen auf eine Summe von 1,308,604 Rthlr. 30 gr. 4 pf., auf das Amt Lipperode und auf 1500 Rthlr. jährlicher Renten bestanden, offenbar nicht zur gegenwärtigen Sache, sondern zur besondern Ausföhrung.

§. 29.

Mit Verwerfung derselben ergeht daher am 21ten Octobr. 1779 Paritoria plena.

Was war also natürlicher und gerechter, als daß über so geartete Exceptionen, nach Verordnung des 76ten §. des jüngsten Reichsabschieds, kein weiterer Schriftwechsel gestattet wurde, sondern darauf am 21sten Octobr. 1779 das Höchstzuverehrende Reichshofraths-Conclusum des Inhalts erfolgte:

„Mit Verwerfung sämtlicher theils bloß petitorischen, theils ad hanc causam nicht gehörigen, und sonst unerheblichen Einwendungen, fiat Paritoria cum Termino duorum mensium.“

§. 30.

Dawider wendet Lippe-Alberdissen die Revision ein; bezieht sich loco Libelli revisorii auf ein so genanntes rechtliches Bedenken: wogegen der Ungrund der revidentischen Beschwerden excipiendo gezeigt ist, so daß die Sache nun wieder zum Spruch steht.

Um nun so lange wie möglich die Justiz zu verzögern, und dem Gräfl. Lippschen Regierenden Hause das Geimge vorzuenthaltten, hat Herr Impeirrat gegen dieses paritorische Erkenntnis am 10 Febr. 1780 die Revision eingewandt, und anstatt des Libelli revisorii sich auf ein, vom Herrn Geheimenjustizrath Pütter zu Göttingen ausgestellt, nachher auch im Druck erschienenenes

„Rechtliches Bedenken über die wegen der Aemter Blomberg und Schieder am 9ten October 1777 von Lippe-Deimold gegen Schaumburg-Lippe beim Kaiserlichen Reichshofrath anhängig gemachte Mandatsache,“

dem eine

„Stammtafel des Gräfl. Hauses Lippe mit beigefügten Erläuterungen,“ angehängt ist, bezogen.

Nachdem auch der Verfasser dieses Bedenkens, als Advocatus causae, zur Ausstellung der gewöhnlichen Specialvollmacht zu dem in seine Seele abzuschwörenden Revisionseide angehalten worden, und nach Erlegung von 2000 Gulden Succumbenzgelder, ist auch Revidentischer Theil so glücklich gewesen, zu dem zur Hand genommenen Rechtsmittel zugelassen zu werden.

Nach communicirtem Libello revisorio ist aber der Ungrund Seiner Beschwerden in der vom revidirten Theil dagegen übergebenen Exceptionsschrift sattsam gezeigt; und da diese bereits am 14ten Mai 1781 ad notitiam communiciret ist, und Acta zur Relation stehen: so wird nunmehr ein baldiges oberstrichterliches bestätigendes Erkenntnis mit Sehnsucht erwartet.

Alles kommt hier darauf an: Ob durch das paritorische Erkenntniß vom 21 Octobr. 1779 erhebliche, gegen ein Mandat ohne Clausel allein statt habende *Exceptiones sub- & obreptionis* verworfen sind?

Die Unerheblichkeit der zur Begründung der Revision hervorgesuchten *Gravamina* wird sich schon aus folgender kurzen Prüfung des Bedenkens, wobei man der Ordnung desselben folgen will, ergeben.

Man ist mit dessen Verfasser darin einig, daß hier alles auf Entscheidung der Frage ankomme:

„Ob das Mandatsgesuch mit wahren Fehlern einer Sub- und Obreption behaftet gewesen sey?“

Das heißt:

„Ob durch das Höchstpreiskliche paritorische Erkenntniß vom 21ten Octobr. 1779 solche Einreden, wodurch eine Erschleichung des allernächststen Kaiserlichen Mandats vom 18 Novemb. 1777 dargesthan worden, verworfen sind?“

Denn bekanntlich haben gegen ein Mandat ohne Clausel nur *Exceptiones facti vel sub- & obreptionis*, nicht aber *Exceptiones Juris* statt; quia ipsum Praeceptum, si impetrantis narrata veritate nitantur, jure certo nititur.

In der rejicirten Exceptionschrift war aber der Beweis, daß in der Supplication pro Mandato in Facto etwas unrichtig vorgetragen, oder etwas, das zur Sache gehöret, verschwiegen sey, nicht anzutreffen. (§. 28.) Der Verfasser des Bedenkens hat selbst offenherzig eingestehen müssen:

„Daß darin vieles, so eigentlich in petitorischen Einwendungen und Gegenforderungen bestanden, vorgebracht sey.“

Unmöglich konnte man sich hiervon die Wiederaufhebung eines gerechtest erkannten Mandats versprechen.

Das dem Bedenken prämittirte Factum, ob es gleich nicht vollständig ist, und Unechtigkeiten enthält, stimmt in den Hauptgeschichtsumständen mit demjenigen, das dem Mandatsgesuch zum Grunde gelegt wurde, überein.

Eben so vergeblich wird dieser Beweis in dem statt des Revisions-Libells übergebenen Bedenken gesucht.

Das darin und auch in den Erläuterungen der Stammtafel erzählte Factum ist zwar sehr unvollständig, enthält manche Unrichtigkeit, stellt vieles in falsches Licht.

So wird, um dies nur in einigen Beyspielen zu zeigen, angeführt: „Daß es mit dem Cessionsvergleich von 1722 nicht richtig zugegangen sey, und daß das Regierende Haus Lippe die damaligen Umstände zu seinem Vortheil dergestalt zu benutzen gesucht, daß Es den Anschlag gefaßt, den Alverdiffischen Antheil an sich zu bringen.“ Billig sollte doch dergleichen nicht ohne Beweis gesagt werden. Ueberdem erbhellet aus drey in der Rescriptsache producirten Schreiben des Fürstlich Hessischen Raths Ernst: Daß das Haus Alverdiffen zuerst

zuerst auf den Vergleich angetragen, und sich um dessen Beförderung angelegentlich bemühet habe.

So wird diesem Vergleich wegen Blödsinnigkeit des Grafen Philipp Ernst ein Mangel in der Form vorgeworfen, und dabey ganz vergessen, daß solcher mit Genehmigung seines Kaiserlich bestellten Curators, und seines damals schon volljährigen Sohns, der ihn auch noch nachher verschiedentlich ratificiret hat, geschlossen sey.

So wird blos gesagt: Es sey zu gleicher Zeit ausgemacht, daß die von Lippe-Detmold jährlich zu entrichtenden 1250 Rthlr. der Gemahlinn des Grafen Philipp Ernst zum Wittthum zugelegt werden sollten; ohne der eigentlichen Bewandniß, bey der es dem Regierenden Hause gleichgültig seyn konnte, wem Es diese Gelder auszahlen angewiesen würde, zu erwähnen (§. 10 u. 11).

So wird dem Regierenden Hause Actenwidrig zur Last gelegt, daß Dasselbe, die Rechte des Hauses Alverdissen aus der Reichshofraths-Sentenz vom 18ten Septemb. 1744 geltend zu machen, versäümet habe (§. 17. 18. 20).

So ist es irrig, daß Schaumburg-Lippe-Bückeburg zur Vergütung dessen, was Lippe-Detmold an Alverdissen für die Cession zu geben versprochen, noch außer dem Amt Lipperode eine Abgabe von 1500 Rthlr. im Stadthager Vergleich erlassen haben soll.

Demungeachtet stimmt jedoch dieses Factum mit demjenigen, worauf das Mandatsgesuch gegründet, und das oben wieder erzählt ist, in den Hauptgeschichtsumständen überein, und hat dadurch die Sache im geringsten keine neue Aufklärung erhalten.

### §. 33.

Zur Iten Erörterung des Bedenkens ad A) die *Remedia adipiscendae possessionis* beruhen eben so gut auf Recht und Billigkeit, als die andern possessorischen Rechtsmittel.

So viel nun die im Bedenken angestellte

#### Ite Erörterung

„Ob Lippe-Detmold in dem Fall gewesen sey, sich des *Interdicti quorum bonorum utilis* zu bedienen?“

betrifft: so ist es zwar

ad A) rechtlich und billig, daß jeder bey dem rechtmäßig erworbenen Besitz, worin er gestört, oder dessen er enteignet wird, geschützt oder darin wieder hergestellt werde. Aber eben so rechtlich und billig ist es auch, daß keinem ein unrechtmäßig erworbener Besitz zu statten komme, sondern solcher demjenigen, dem er von Rechtswegen gebühret, zuerkannt werde, damit dieser sich nicht mit seinem einleuchtend bessern Recht in einen langwierigen petitorischen Rechtsstreit verwiesen sehe. Deswegen sind schon im römischen Recht auch *Remedia adipiscendae possessionis* verordnet. Diese sind zwar in verschiedenen Fällen besonders bestimmt; jedoch nicht blos auf die drey, *ex Interdicto Salviano*, *Quod legatorum*, *Quorum bonorum*, eingeschränkt, sondern bekanntlich giebt es noch andere dergleichen Rechtsmittel, z. E. *ex Edicto Carboniano*, *ex Remedio l. 7. ff. si ventris nomine*, u. s. w.

Elpe. Detmold konnte sich des Interdicti quorum bonorum ohne Zweifel bedienen. Denn 1) steht dieses oder das Remedium l. ult. C. de E. D. H. tollendo auch Heredi in certa quota vel in certa re instituto zu.

In Ansehung des besonders auf der größten Billigkeit beruhenden Interdicti quorum bonorum ist zwar in L. 1. §. 1. ff. quor. bonor. verordnet: Interdictum quorum bonorum ad universitatem bonorum, non ad singulas res pertinet. Im Bedenken wird daher

1) behauptet:

„Wo kein Dominium universale vel successio in universum Jus defuncti eintrete, da finde weder das Interdictum quorum bonorum, noch das Remedium l. ult. C. de Edicto D. Hadr. tollendo statt. Dem Legatorio oder Fideicommissario singulari werde nie ein Interdictum adipiscendae possessionis eingeräumt. Vielmehr sey gegen diese, wenn sie eigenmächtig Besitz ergriffen, das Interdictum quod legatorum eingeführt. Ein einzelnes Erbschaftsstück könne daher niemals vermittelt eines solchen Rechtsmittels eingeklagt, sondern deshalb müsse jeder Erbe petitorisch belangt werden.“

Allein die bewährtesten Rechtslehrer und Ausleger sind der übereinstimmenden Meinung:

daß das Interdictum quorum bonorum auch pro rebus singularibus, für einzelne Erbschaftsstücke, competere, wenn diese ex causa universali, aus einem Erbrecht gefordert werden \*);

daß solche auch heredi partiaro, der in certa quota hereditatis, ut tertia, quarta vel alia parte instituit ist, contra coheredem zukomme \*\*);

daß so gar heredi in certa re instituto vel legatorio zwar eigentlich nicht dieses Rechtsmittel, jedoch das damit auf gleichen Gründen beruhende Remedium L. ult. C. de Edicto D. Hadriani tollendo utile zustehe, und ihm nach heutigem Gerichtsgebrauch parata Executio oder ein Mandatum S. C. nicht zu versagen sey \*\*\*).

Wenn

\*) Meichner. Decision. Camerae Imperii Tom. 3. D. 13. n. 148 & 151.  
Brunnemann ad L. 2. C. Tit. quor. bonor.  
Struvius Syntagm. Juris civilis exercit. 45. th. 14.

\*\*) Hahn ad Wesenbec. Tit. quor. bonor. n. 2.  
Lauterbach. Colleg. theoret. pract. P. 3. l. 43. Tit. 2. §. 6.  
Leyser Meditat. ad ff. spec. 500. m. 3. & 4.

\*\*\*) Lauterbach. l. C. §. 15.  
Leyser spec. 381. m. 4. spec. 500. m. 7 & 8.  
Mynsing. cent. 5. obs. 61.  
Frid. Mindan. de Mandatis L. 2. c. 68. n. 2.  
Carpov. P. 3. constit. 13. def. 35.  
Rudovici in der Einleitung zum Civilproceß c. 3. §. 3.  
Brunnemann ad ff. Tit. quor. bonor. n. 8. wo er sagt?

Sane si praesupponamus in Foro Saxonico non tantum, sed & in aliis Judiciis, ubi Jus civile obtinet, receptum esse, quod ex Instrumento liquido parata detur executio, ac exceptiones, quae altioris indaginis sunt, in reconventionem reiciantur; non video, quo praetextu hoc (nempe Remedium ex l. fin. C. de E. D. Hadr. toll.) Legatariis ex testamento publicato suum legatum petentibus denegari possit, & cur non exceptiones etiam hic, quae altioris sunt indaginis, differri debeant in processum reconventionis.

Wenn jedoch dem Erben gegen den Legatarium, dafern dieser vor angetretener Erbschaft sich eigenmächtig im Besitz des Vermächtnisses setzt, das *Interdictum quod legatorum*, wiewol nur gegen *Cautio de restituendo legato*, zusteher: so liegt davon der Grund bloß darin, weil dem Erben, wegen vorhandener Schulden, oder wegen der Falcidischen Quarte, daran gelegen seyn kann, daß vor Antretung der Erbschaft ihre Substanz nicht vermindert werde; und folgt daraus nicht, daß dem Legatorio darum kein possessorisches Rechtsmittel, wenn der Erbe die Berichtigung des Legats verzögert, gebühren sollte.

## §. 35.

Ohnehin hat 2) das Lippe-Dehmoldische Erbrecht nicht einmal *rem singularem* zum Gegenstand;

Jener Satz ist also nicht einmal völlig richtig. Er hat aber ohnehin auf gegenwärtigen Fall keine Anwendung; da

## die 2te Behauptung:

„daß die Lippe-Dehmoldischen Ansprüche nur *rem singularem*, die Hälfte zweyer Aemter, zum Gegenstand hätten,“ ganz ungegründet ist.

Der letztverstorbene Graf zu Schaumburg-Lippe-Bückeburg vereinigte in sich zwei Personen von ganz verschiedener Qualität. Er war zugleich Regierender Graf zu Schaumburg-Bückeburg und Gräflich Lippischer Erbherr. Als ersterer besaß er die Grafschaft Schaumburg-Bückeburgischen Antheils; als letzterer die Lippischen Aemter Blomberg und Schieder. Nach mit seinem Tode erlöschter Bückeburgischen Linie kam die Succession in die Grafschaft Schaumburg-Bückeburg dem Herrn Grafen zu Alverdissen, als nächstem Stammfolger, unstreitig zu. Seine Allodialverlassenschaft gebührte den nächsten Allodialerben.

Von der von beiden Erbschaften ganz verschiedenen Succession in die Lippischen erbherrlichen Aemter ist hier allein die Frage. Den Besitz dieser nahm der Regierende Herr Graf zur Lippe, vermöge der Alverdissischen Cession und Renunciation auf alle zum vormaligen Brakischen Antheil gehörende Güter, und des kraft dieser im Stadthager Vergleich auf den Fall des Ausgangs des Bückeburgischen Mannstammes reservirten Rückfalls, wie dieser Fall eintrat, als alleiniger Vertragserbe ganz, oder doch wenigstens als unstreitiger Miterbe, zur Hälfte in gerichtlichen Anspruch (§. 23 u. 26).

Wie läßt sich also vorgeben, daß dieser Anspruch nur *rem singularem* zum Gegenstand, und auf die Beerbung des letztverstorbenen keine Beziehung habe?

## §. 36.

und ist dieses 3) nicht auf die nächste Verwandtschaft, sondern auf Erbvertrag gegründet.

## Schon hieraus erhellet der Ungrund der 3ten Behauptung:

„Daß bei der Beerbung der ausgegangenen Schaumburg-Lippe-Bückeburgischen Linie an ein Lippe-Dehmoldisches Miterberecht nicht zu denken wäre, weil Alverdissen, als nächster Intestaterbe, und allgemeiner Stamms- und



„Landesfolger ex pacto & providentia majorum, allein zur Erbfolge aller von Bückeburg hinterlassenen Güter berechtigt gewesen sey, und also auch nur Ihm das Interdictum quorum bonorum nöthigenfalls zugestanden hätte.“

Das Gräflich Lippische Regierende Haus hat so wenig Sein Miterberecht auf die nähere Verwandtschaft gegründet, als geleugnet, oder verschwiegen, daß Schaumburg-Lippe-Bückeburg und Alverdissen nur zwey Nebenlinien eines Stammes waren, dagegen Lippe-Detmold einen besondern entfernten Stamm ausmacht. Selbst die dies beweisende dem Bedenken beygefügte Stammtafel ist auch dem Mandatsgesuch beygefügt.

Allein bekanntlich geht Successio testata, oder wie hier der Fall ist, pactitia der Intestatsuccession vor. So oft ein Testament oder ein Erbvertrag vorhanden ist, steht der Intestaterbe zurück. Zwar hat bey Stammgütern nach der Regel keine testamentarische Erbfolge statt; aber nichts ist gewöhnlicher, als daß Familienverträge die Succession in solche Güter bestimmen.

Und im vorliegenden Fall stehen dem vermeintlichen Intestaterbrecht des Herrn Revidenten auf die ganzen Aemter Blomberg und Schieder zwey von Seinen Vorfahren, sowol von Seiner eigenen, als von der erlöschten Bückeburgischen Linie eingegangene, noch zur Zeit rechtsbeständige Familien- und Successionsverträge entgegen.

#### §. 37.

ad B) Ist zwar ad 1) im Cessionsvergleich von 1722 kein auf gegenwärtigen Fall gerichteter Erbvertrag enthalten. Allein er war ad a) der Grund des im Stadthager Vergleich geschlossenen Erbvertrags, und giebt diesem seinen Rechtsbestand.

Wenn jedoch im Bedenken ad B) behauptet wird:

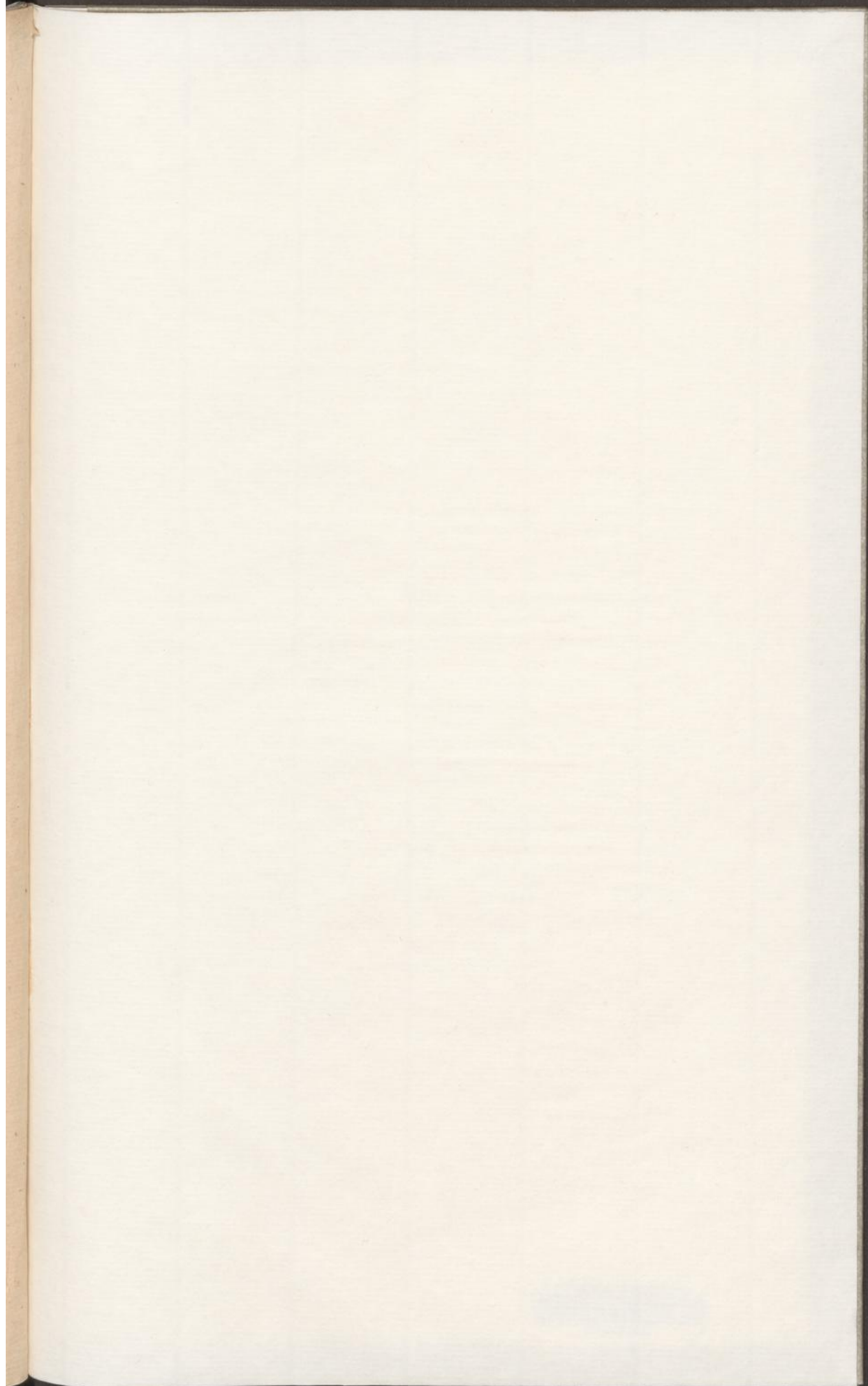
„Daß so wenig im Cessionsvergleich von 1722 als im Stadthager Vertrag von 1748 ein auf gegenwärtigen Fall gerichtetes Pactum successorium enthalten, und also das Interdictum quorum bonorum utile unrichtig angewendet sey:“

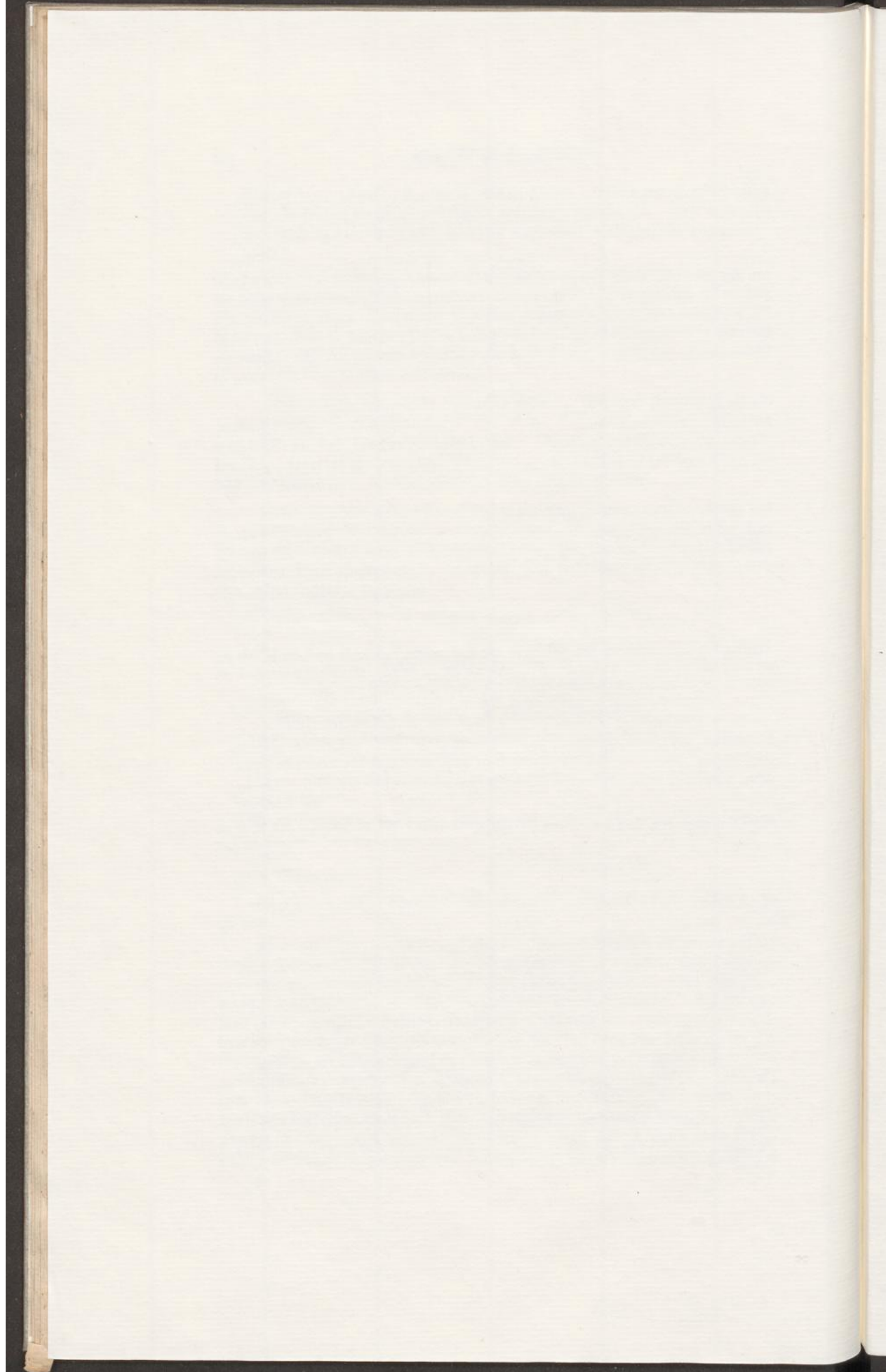
so fällt die Schwäche der dafür angeführten Gründe schon aus folgendem in die Augen.

Denn was

ad 1) den Cessionsvergleich vom 9ten Decemb. 1722 betrifft: so ist zwar

ad a) die Quelle der Lippe-Detmoldischen rechtmäßigen Ansprüche auf die Aemter Blomberg und Schieder in diesem Vergleich zu suchen, und darin eigentlich nicht über den gegenwärtigen Successionsfall, sondern über eine schon angefallene Erbschaft, den Lippe-Brakischen Antheil, transigirt. Allein nicht bloß die Alverdissische Cession, sondern hauptsächlich der vermöge dieser Cession im Stadthager Vergleich vorbehaltene Rückfall der cedirten Rechte im Erbschungsfall der Bückeburgischen Linie, oder vielmehr beide Vergleiche zusammen genommen, machen das Gräflich Lippische Regierende Haus, wo nicht zum Allein- doch wenigstens zum Miterben der von jener ausgegangenen Linie besessenen Lippischen Aemter. Der Cessionsvergleich war der Grund, weswegen der im Stadthager Vertrag bedungene Rückfall mit Rechtsbestand vorbehalten werden konnte. Und auf die Art steht die im Jahr 1722 geschehene Cef-





Lippische Landesbibliothek



04953866

